

-
1. Frage: *Nach dem Ausbau an **Kindertagesplätzen** ist es nun Zeit, sich an eine Verbesserung der Strukturqualität zu machen. Wie sind Ihre Vorstellungen die strukturelle Qualität in den Einrichtungen zu sichern und zu verbessern? Inwiefern unterstützen Sie die Forderung nach einem Bundeskindergartenqualitätsgesetz?*

Antwort: Die strukturelle Qualität in den Einrichtungen und zu sichern halte ich für sehr wichtig. Es steht außer Frage, dass der Einfluss der strukturellen Qualität auf die emotionalen, kognitiven und sozialen Fähigkeiten unserer Kinder hoch ist. Daher ist es für mich und für meine Partei, der SPD, bei Regierungsantritt seit 2011 ein besonderes Anliegen gewesen, verstärkt die strukturelle Qualität in den Einrichtungen auszubauen. Dazu gehört auch, dass alle Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf (SPATZ) mit mehr Mitteln ausgestattet werden. Der Ausbau der Einrichtungen bedingt einen erhöhten Bedarf an qualifizierten Erzieherinnen und Erziehern. Dazu dienen neue Ausbildungskonzepte wie z.B. der PIA praxisintegrierten Ausbildung (PIA). Die Attraktivität dieses Berufes muss auch dadurch gesteigert werden, dass seine Wertschätzung in und für unsere Gesellschaft einen noch höheren Stellenwert bekommt und sich dies auch sichtbar niederschlägt.

2. *Der Ausbau von **Ganztagschulen** in offener und gebundener Form ist auch in Zukunft ein Ziel der Bildungspolitik. Unterstützen Sie es, dass Ganztagschulen eine entsprechende Ausstattung räumlicher und personeller Art erhalten? Setzen Sie sich dafür ein, dass an Ganztagschulen aus Landesmitteln finanzierte, sozialpädagogisch ausgebildete Beschäftigte eingestellt werden? Setzen Sie sich für Anträge und Genehmigungen von Gymnasien und Realschulen auf eine Ganztagschule in gebundener Form?*

Antwort: Alle gestellten Fragen kann ich mit „ja“ beantworten. Das Ziel der SPD in der Landesregierung ist: bis 2023 sollen 70 Prozent der Grundschulen im Land ein Ganztagsschulangebot ermöglichen. Die Landesregierung investiert für den Ausbau bis zu 1.920 Deputate bei den Grundschulen und bis zu 143 Deputate bei den Förderschulen - je nach Wahlverhalten der Schulträger. Dem Maximalaufwand von rund 1.920 Deputaten würde rund 147 Millionen zuzüglich 10,6 Millionen Euro für die Grundstufen der Förderschulen pro Jahr entsprechen. Die Ganztagschule kann nachweislich zu mehr Bildungsgerechtigkeit und einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf beitragen. Daher ist es unabdingbar hier weiterhin quantitativ, als auch qualitativ zu investieren.

3. *Die Unterzeichnerstaaten der UN-Konvention Artikel 24 anerkennen das Recht von Menschen mit Behinderung auf Chancengleichheit und gewährleisten ein integratives Bildungssystem auf allen Ebenen. Dies wurde in Baden-Württemberg am 1. August 2015 in das Schulgesetz aufgenommen.*

*Es besteht ein akuter Mangel an **ausgebildeten Sonderschullehrkräften**. Welche Maßnahmen sind aus Ihrer Sicht notwendig, dass zeitnah Sonderschullehrkräfte im Tandem an allen allgemein bildenden Schulen eingesetzt werden?*

Antwort: Im Rahmen der zukünftigen Ausbildung müssen alle angehenden Lehrkräfte sich mit Inklusion befassen. Zugleich bleiben die Studiengänge der Sonderpädagogik erhalten. Des Weiteren gibt es umfangreiche Fort-Weiterbildungsangebote für aktive Lehrkräfte. Bis 2022 sollen in Stufen bis zu 1.300 zusätzliche Sonderpädagogen eingestellt werden. Bedarfsgrundlage ist eine erwartete Inklusionsquote von 28 Prozent. Für die ersten Jahre wurde der Aufwuchs mit 200 Deputaten jährlich festgelegt. Der zusätzliche Einstellungskorridor entspricht dabei nahezu dem Maximum der verfügbaren

Absolventinnen nach Abzug der erforderlichen Wiederbesetzungsstellen durch landeseigene Ausbildungsstätten. Personalkosten inkl. Privatschulen in Höhe von 108.806.000 Euro bis Schuljahr 2022/2023.

4. *Die GEW setzt sich auch weiterhin dafür ein, dass in Baden-Württemberg eine Schule für alle realisiert wird. Mit der Einführung der **Gemeinschaftsschule** ist der Schritt gemacht worden. Unterstützen Sie diese bildungspolitische Weiterentwicklung?*

Antwort: Auch hier mit klaren Worten: ja, ich unterstütze dies! Und weil die Gemeinschaftsschule so wichtig ist, muss die SPD weiterhin Regierungsverantwortung haben. Nur mit der SPD ist gesichert, dass noch mehr Schulen sich zu Gemeinschaftsschulen entwickeln können. Andere Parteien wollen das Rad wieder zurückdrehen.

5. *Wie ist **inklusive Bildung bei einem Klassenteiler von momentan 28 SchülerInnen an den Grund- und Gemeinschaftsschulen und 30 SchülerInnen an den weiterführenden Schulen mit dem Ziel des individuellen Lernens und Förderns einlösbar?***

Antwort: In der Tat ist der Klassenteiler zur Zeit noch sehr hoch und muss zukünftig gesenkt werden. Gerade wenn an allen Schularten, insbesondere an der Gemeinschaftsschule, aber auch an Grundschulen verstärkt in Lern- und Arbeitsgruppen gearbeitet wird bedarf es mehr Lehrkräfte oder Lernbegleiter. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass es zu weiteren Verbesserungen der Unterrichtsversorgung durch zusätzliche Lehrerstellen kommt und sich so noch bessere Möglichkeiten der individuellen pädagogischen Begleitung umsetzen lassen.

6. *Schulsozialarbeit ist vielerorts Bestandteil der schulischen Bildung. An zahlreichen allgemein bildenden Schulen wurde diese durch die Finanzierung des Landes fester Bestandteil der schulischen Arbeit. Wir halten eine fest verankerte Finanzierung der **Schulsozialarbeit an den Berufsschulen für notwendig**. Unterstützen Sie diese Forderung?*

Antwort: Ja, selbstverständlich muss in weiteren Schritten auch die Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen flächendeckend verankert werden. Doch dies ist auch eine Aufgabe des Schulträgers. Wo Schulträger bereits Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen anbieten, wie z.B. in Stuttgart, greift selbstverständlich die Bezuschussung durch das Land.

Dazu möchte ich grundsätzlich anmerken, dass die grün-rote Landesregierung sofort nach Regierungsbeginn die Förderung der Schulsozialarbeit wieder aufgenommen hat, nachdem es viele Jahre lang keine Landesförderung mehr gegeben hatte.

7. *An **beruflichen Gymnasien** werden zahlreiche Jugendliche trotz gefordertem und erbrachtem Leistungsnachweis abgewiesen, weil nicht ausreichend Schulplätze vorhanden sind. Dieses Problem wird sich noch verschärfen, wenn die Vorgaben für eine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen weiterhin bestehen bleibt. Welche konkreten Maßnahmen können Sie sich zur Behebung dieses Mangels vorstellen?*

Antwort: Selbstverständlich müssen die beruflichen Gymnasien weiter ausgebaut werden. Doch das Problem ist bereits erkannt. So wurden bereits rund 150 zusätzliche Eingangsklassen aufgebaut. Und dieser Ausbau muss sich natürlich fortsetzen.

8. *Das Land stellt 3 Millionen Euro für Maßnahmen zum Erhalt und Verbesserung der Gesundheit von Lehrkräften zur Verfügung. Die landesweite Erhebung „Gefährdungsbeurteilung am Arbeitsplatz von Lehrkräften“ hat u.a. eine starke Beanspruchung und Belastung der Stimme gegeben. Dies hängt eng mit der Akustik in den Schulräumen zusammen und im Sinne einer Gesundheitsprävention sind schallabsorbierende Maßnahmen in Schulräumen vorzunehmen. Werden Sie sich für die Einhaltung der Schulbaurichtlinien entsprechend den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen einsetzen und diese Umsetzung auch kontrollieren?*

Antwort: Selbstverständlich werde ich mich dafür einsetzen. Und eines ist auch klar: eine Umsetzung muss natürlich kontrolliert werden, damit sie wirksam wird.

9. *Das Gymnasium ist in Baden-Württemberg eine der zwei Säulen im Schulsystem. Für die Weiterentwicklung des Gymnasiums wurde das **Gymnasium 2020** entwickelt. Welche Veränderungen halten Sie für das Gymnasium für unabdingbar?*

Antwort:

Für unabdingbar halte ich, dass forschende und wissenschaftsorientierte Fragen in den Unterrichtsmethoden noch stärker als bislang zum Tragen kommen.

10. *Die Übergangszahlen an die Werkrealschule und Hauptschulen sind in den letzten Jahren kontinuierlich zurückgegangen. Bis zum kommenden Schuljahr werden jedoch weiterhin Grund- und Hauptschullehrkräfte ausgebildet und eingestellt. **Haupt-/Werkrealschulkräfte brauchen eine berufliche Perspektive und eine Anpassung der Besoldung für die weiteren Schularten. Für welche Veränderung werden Sie sich einsetzen?***

Antwort: Selbstverständlich lassen wir die Lehrerinnen und Lehrer nicht im Regen stehen. Wie aus unserem Regierungsprogramm zu ersehen ist, werden wir gezielt Haupt- und Werkrealschullehrkräften die Möglichkeit zu einer beruflichen Weiterqualifizierung eröffnen.

11. *Lehrkräfte, die ihren Dienst in Baden-Württemberg aufnehmen, haben eine **Absenkung ihrer Besoldung von 4% bis zu der Besoldungsgruppe A11 und 8% ab der Besoldungsgruppe A12** für die ersten 3 Berufsjahre. Unterstützen Sie unsere Forderung der sofortigen Abschaffung dieser Absenkung?*

Antwort: Ja ausdrücklich.

12. *Der letzte **Tarifabschluss** der Länder wirkt sich für wenig Tarifbeschäftigte positiv aus. Der größte Teil der Tarifbeschäftigten würde bei einer Antragstellung sich schlechter stellen. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst haben es jedoch verdient, mehr und nicht weniger Gehalt zu beziehen. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie dieser Verschlechterung wieder entgegenwirken?*

Antwort: Tarifabschlüsse sind Sache der Tarifpartner im Rahmen der Tarifautonomie. Meine Haltung, dass sich Parlamente und Politik aus guten Gründen nicht in die Tarifautonomie einmischen sollten, teilen Sie sicher auch.

13. Für viele Flüchtlinge aus allen Ländern der Welt ist Baden-Württemberg ein neues Zuhause. Voraussetzung für eine gelungene Integration ist die deutsche Sprache. Lehrkräfte in den **Kursen für erwachsene Flüchtlinge** sind prekär Beschäftigte mit befristeten Verträgen und auf Honorarbasis. Wir halten es für dringend erforderlich, dass diese Lehrtätigkeit ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis beruhen sollte. Wie setzen Sie sich hierfür ein?

Antwort: Mein oberstes Ziel in all meiner politischen Tätigkeit ist soziale Gerechtigkeit zu schaffen! Soziale Gerechtigkeit gilt für jeden. Ein Teil der sozialen Gerechtigkeit ist, dass für gute Arbeit ein guter Lohn gezahlt wird. Sowohl auf gewerkschaftlicher Ebene, als auch zukünftig auf Landesebene, ist es für mich ein besonderes Anliegen auf allen Ebenen gegen prekäre Arbeitsverhältnisse zu kämpfen.